

Sozialverband Deutschland, Muhliusstr. 87, 24103 Kiel

An  
die Vorsitzende des  
Innen- und Rechtsausschusses des  
Schleswig-Holsteinischen Landtags  
Postfach 7121  
24171 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag				
21.12.2004 08:53				
Expl.:	Anl.: 9			
LP	L	L1	L2	L3

**Abteilung Sozialpolitik**  
Muhliusstr. 87  
24103 Kiel

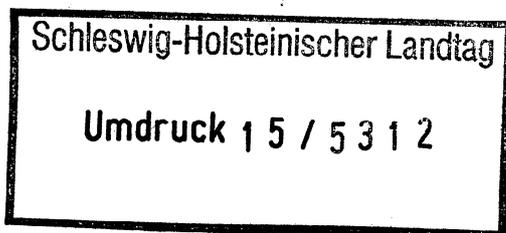
Tel. (0431) 98388-0  
Fax (0431) 98388-72

**Rückfragen: Herr Rosenkranz**  
Durchwahl (0431) 98388-0/-71

E-mail: [torsten.rosenkranz@sovd-sh.de](mailto:torsten.rosenkranz@sovd-sh.de)

E-mail: [dagmar.lobocki@sovd-sh.de](mailto:dagmar.lobocki@sovd-sh.de)

*L 215  
M. u. 12.*



Kiel, den 20.12.2004  
rk- lo

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung**  
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen  
Drucksache 15/3752

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 03.12.2004 forderten Sie uns auf, in der vorgenannten Angelegenheit eine schriftliche Stellungnahme abzugeben.

Im Namen des Sozialverband Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein, möchte ich Ihnen zunächst recht herzlich für die Möglichkeit danken, diesbezüglich für die mittlerweile 86.000 Mitglieder unseres Verbandes sprechen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Torsten Rosenkranz  
Sozialreferent

**Stellungnahme des Sozialverband Deutschland  
Landesverband Schleswig-Holstein  
zur Landtagsdrucksache 15/3752**

Die vorgelegten Gesetzesänderungen werden seitens des Sozialverband Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein grundsätzlich begrüßt.

Im Folgenden soll vornehmlich auf den geplanten Artikel 5 a und hier die Absätze 2 und 3 eingegangen werden.

**Zu Absatz 2**

Als Verband, der sich seit seiner Gründung im Jahre 1917 für die Belange behinderter Menschen einsetzt, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Menschen mit Behinderung den Schutz unseres Landes genießen und ihnen dabei die Möglichkeit der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft eröffnet wird.

Nach diesseitiger Auffassung ist die geplante Verfassungsänderung grundsätzlich geeignet, die Ausrichtung zielführender Normen des einfachen Parlamentsgesetzes grundsätzlich nach den Verfassungskriterien auszurichten.

Mithin wären somit Normsetzungen, z. B. im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes und anderer Gesetzeswerke grundsätzlich zunächst im Lichte der konkreten Verfassungsnorm zu sehen.

Demzufolge wird eine Verfassungsänderung der vorgenannten Form unsererseits befürwortet.

**Zu Absatz 3**

Bereits im Jahre 2001 hat der Sozialverband Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein, in Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Schleswig-Holstein, eine groß angelegte Pflegekampagne im Lande Schleswig-Holstein durchgeführt.

Im Ergebnis konnten dem Landtagspräsidenten damals über 40.000 Unterschriften engagierter Bürgerinnen und Bürger überreicht werden, womit im Rahmen einer Volksinitiative der Wunsch einer Verfassungsänderung in der **vorliegenden Form** an den Schleswig-Holsteinischen Landtag herangetragen wurde.

Als Verband, der für die Rechte der pflegebedürftigen Menschen in unserem Lande eintritt, sehen wir es als ein besonders hilfreiches Instrument an, dass unsere Landesverfassung die besonderen Rechte der pflegebedürftigen Menschen herausstellt und somit auf Verfassungsrang hebt.

Alle Gesetzesvorhaben und auch das Verwaltungshandeln in unserem Lande muss sich sodann in besonderem Maße im Lichte der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung bewegen.

---

Wir sehen daher in dieser Verfassungsänderung eine wichtige Möglichkeit, den Status der pflegebedürftigen Menschen in angemessener Weise zu manifestieren.

Weiterhin muss durch die Verankerung in der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung klar werden, dass wir es beim Thema Pflege mit einem der wichtigsten Zukunftsprobleme unseres Landes zu tun haben und somit auch unter diesem Aspekt eine Verankerung in der Landesverfassung befürworten.

  
Torsten Rosenkranz  
Sozialreferent

In der Anlage zu diesem Schreiben erhalten Sie:

Pressespiegel der Pflegekampagne 2001  
10 - Punkte - Handlungsprogramm  
Sammelunterstützungsbogen

**Hinweis:** Die Anlagen (10 - Punkte - Handlungsprogramm und Sammelunterstützungsbogen) können im Ausschussbüro – Zi. 138 - eingesehen werden.



„Die Würde des Menschen ist unantastbar“

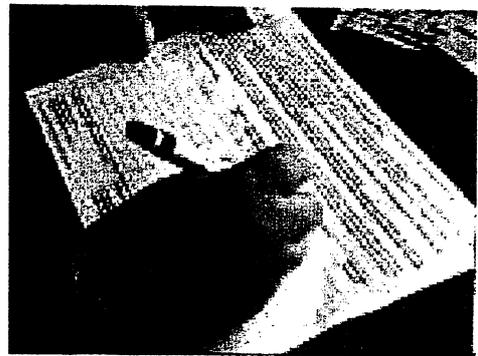
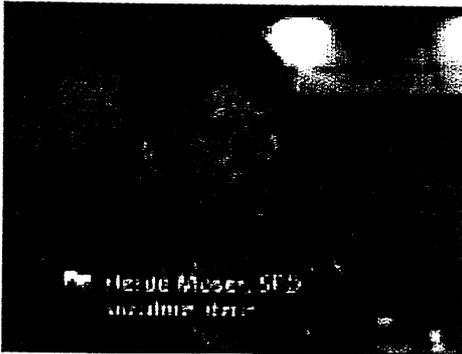
SoVD  
Sozialverband  
Deutschland



**Volksinitiative für eine menschenwürdige Pflege**

ehemals Reichsbund gegf. 1917

Schleswig-Holstein Magazin  
23. Mai 2001



# Pflege: Kampagne für Menschenwürde

Sozialverband und Arbeiterwohlfahrt starteten Volksinitiative

Kiel (stü) Eine schleswig-holsteinische Volksinitiative soll die Altenpflege menschenwürdiger machen: Die Landesverbände des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) haben in Kiel die bundesweit einmalige Kampagne „Pflege in schlechter Verfassung“ gestartet. Ziel: Der Schutz pflegebedürftiger Menschen soll als Staatsziel in der Landesverfassung verankert werden, und das Landespflegegesetz soll novelliert werden. In einer Präambel des Landespflegegesetzes soll festgelegt werden, dass die Pflege auf das Wohl der Pflegebedürftigen ausgerichtet sein soll und dass ihre soziale Integration, Selbständigkeit und Unabhängigkeit gefördert werden sollen.

Allein in diesem Jahr sind bereits vier Pflegeheime wegen gefährlicher Pflege in die Schlagzeilen geraten. „Die Berichte über diese gravierenden Missstände schaffen kurze Betroffenheit, aber sie verbessern die Situation leider nicht grundlegend“, begründete der AWO-Landesvorsitzende Heinz Welbers die Volksinitiative. „Wir wissen, dass auch diese Änderungen von Landesverfassung und -gesetz allein noch nicht die Situation verbessern wird. Aber wir wollen den Betroffenen Mut machen und in der Öffentlichkeit eine tabulose Diskussion darüber entfachen, was uns die Pflegebedürftigen in Zukunft wert sind“, sagte SoVD-Landesvorsitzender Sven Pickler und wies auf die drastische Zunahme hochbetagter und pflegebedürftiger Menschen in den kommenden Jahren hin. „Die Pflegesituation wird sich dramatisch verschlechtern, wenn wir uns nicht schnell entscheiden, welche Pflege wir wollen.“

Nach den Vorstellungen von

SoVD und AWO sollen den Gesetzesänderungen aber auch Taten folgen. Sie schlagen ein 10 Punkte-Handlungsprogramm vor. Gefordert werden eine Fachkraftquote von 60 Prozent und einen Ethik-Eid für Pflegefachkräfte. Pflegeteams sollten sich aus unterschiedlichen Berufsgruppen zusammensetzen, ein unabhängiger Ombudsmann, eine besser ausgestattete Heimaufsicht und Vertreter von Pflegebedürftigen sollen die Rechte der Betroffenen besser vertreten. Ein Lehrstuhl für Geriatrie in Schleswig-Holstein wird ebenso gefordert wie die bessere Ausbildung von Ärzten. Alte Menschen sollen zudem an der Planung von Altenhilfeeinrichtungen beteiligt werden. Es sollen keine Pflegeheime herkömmlicher Bauart mehr gebaut werden. Wer stationäre Pflege braucht, soll sie einer Wohnpflege oder Hausgemeinschaften bekommen. Mehrbettzimmer sollen tabu sein. Gefordert wird auch die Reform der Pflegeversicherung durch einen System-

wechsel oder durch eine steuerfinanzierte Ergänzung.

Ab sofort werden die notwendigen 20000 Unterschriften für die Volksinitiative gesammelt. Über Regionalkonferenzen in Pinneberg, Husum, Bad Segeberg und an Infoständen im ganzen Land. Die Unterschriften zusammenkommen gilt als sicher. Die beiden Verbände allein verfügen zusammen über 100000 Mitglieder. Frühestens im September kann sich dann der Landtag mit dem Thema beschäftigen.

Ob die notwendige Mehrheit für Verfassungs- und Gesetzesänderung aber zustande kommen, ist fraglich. Sowohl Sozialministerin Heide Moser als auch die Vertreter der Landtagsparteien äußerten bereits Bedenken: Die menschenwürdige Pflege als Staatsziel könne Erwartungen wecken, die nicht zu erfüllen seien. Sollte der Landtag die Änderungen ablehnen, wollen SoVD und AWO einen Volksentscheid herbeiführen. Kommentar Seite 2

## Volksinitiative soll Lage Pflegebedürftiger verbessern

Kiel (KN) Mit einer Volksinitiative wollen der Sozialverband Deutschland und die Arbeiterwohlfahrt die Situation pflegebedürftiger Menschen in Schleswig-Holstein verbessern. Die beiden Organisationen fordern nicht nur eine menschenwürdige Pflege, sondern sie wollen auch erreichen, dass der Schutz Pflegebedürftiger als Staatsziel in die schleswig-holsteinische Landesverfassung aufgenommen wird.

Seite 6, Kommentar Seite 2

### KOMMENTARE

Die Volksinitiative zur Pflege – Von Heike Stüben

#### Ein richtiger Schritt

Sechs Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung ist klar: Die Versicherung hat neue Missstände geschaffen und viele alte Probleme offenbart – beseitigt hat sie sie nicht. Das Ziel der Teilkaskoversicherung, im Pflegefall den Betroffenen die Abhängigkeit von der Sozialhilfe zu ersparen, wurde ebenfalls nicht erreicht. Noch immer macht der Umzug ins Pflegeheim zwei von drei Betroffenen zum Bittsteller beim Sozialamt. Nimmt man dann noch die Prognosen der Bevölkerungswissenschaft ernst, müsste eigentlich jedem klar sein, dass Inhalt und Finanzierung von Pflege das sozialpolitische Thema der kommenden Jahre wird.

So gesehen ist die schleswig-holsteinische Volksinitiative ein richtiger Schritt. Denn bereits das jahrelange Verschleppen des geplanten Qualitätssicherungsgesetzes und des Heimbewohnerschutzgesetzes haben gezeigt, dass sich ohne öffentlichen Druck

kaum etwas bewegt.

Die Parteien in Schleswig-Holstein haben die Volksinitiative zwar begrüßt (wer kann das als Politiker auch ablehnen?), räumen aber der Verfassungsänderung geringe Chancen ein. Bezeichnenderweise haben sie sich viel weniger konkret zu der ebenfalls geforderten Novellierung des Landespflegegesetzes geäußert. Wohlwissend, dass ein Gesetzestext konkrete Handlungsanweisungen bedeutet. Würden das Wohl der Pflegebedürftigen, ihre soziale Integration und die Erhaltung ihrer Selbständigkeit qua Gesetz verordnet, hätte dies direkte Auswirkungen auf die Betroffenen. Und finanzielle Folgen für Land, Kommunen und Pflegekassen.

Freiwillig wird dort in der jetzigen Situation niemand Zusagen machen. Die Bürger könnten sie aber spätestens mit einem Volksentscheid dazu zwingen. Eine Chance für die Pflegebedürftigen von morgen. Nutzen wir sie.

# Volksinitiative will Pflege verbessern

## Verbände sammeln Unterschriften

**KIEL (Ino)** Mit einer Volksinitiative wollen Sozialverband Deutschland (SoVD) und Arbeiterwohlfahrt (AWO) die Situation pflegebedürftiger Menschen in Schleswig-Holstein verbessern.

Beide Organisationen haben am Mittwoch in Kiel die Volksinitiative „für eine menschenwürdige Pflege“ gestartet. Die Initiatoren wollen den Schutz Pflegebedürftiger als Staatsziel in die Landesverfassung aufnehmen lassen. Wenn die Verbände 20 000 Unterschriften für ihre nach eigenen Angaben bundesweit einzigartige Aktion sammeln können, muss sich der Landtag mit dem Thema beschäftigen.

Ein Staatsziel ist nicht einklagbar, soll aber das gesamte Handeln von Politik und Verwaltung in diese Richtung orientieren. Ähnlich soll nach dem Willen der Initiatoren das Pflegegesetz geändert werden, dem eine appellatorische Präambel vorangestellt werden soll. Mit einem Zehn-Punkte-Programm

soll vor allem die Rechtsposition Pflegebedürftiger verbessert werden. Die Initiatoren hoffen, schon in sechs Wochen die nötigen 20 000 Unterschriften zu sammeln. Lehnt der Landtag den vorgeschlagenen Gesetzesentwurf ab, wollen die Verbände „mit Sicherheit“ einen Volksentscheid initiieren.

Nach AWO-Landeschef Heinz Welbers soll mit der Initiative auf die Situation der Pflege aufmerksam gemacht werden. Immer wieder würden Heime wegen skandalöser Zustände geschlossen, die meisten Pflegebedürftigen würden Sozialhilfe beziehen. „Dennoch ändert sich nichts. Wir wollen eine tabulose Diskussion und Ergebnisse“, sagte Welbers. SoVD-Chef Sven Picker er-

hofft sich von der Aktion eine bundesweite Signalwirkung. „In Deutschland leben 660 000 Menschen in Pflegeheimen, die Zustände sind in allen Ländern dieselben. Wir rechnen bundesweit mit einer großen Resonanz“, sagte er.

In den vergangenen Jahren waren die Schleswig-Holsteiner mehrfach zur Unterstützung von Volksinitiativen aufgerufen. Dabei ging es um die Schankerlaubnissteuer und um die Finanzierung von Schulen, zuletzt um das Sonntagsöffnungsverbot von Videotheken. Am bekanntesten wurden die Initiativen der Kirchen gegen die Abschaffung des Buß- und Bettages und eine Aktion gegen die neue Rechtschreibung.

dpa / regioline  
23. Mai. 2001, 16.25 Uhr

## Volksinitiative "für menschenwürdige Pflege" in Kiel gestartet

Kiel (dpa/Ino) - Eine Volksinitiative "für menschenwürdige Pflege" ist am Mittwoch in Kiel gestartet worden. Der Sozialverband Deutschland und die Arbeiterwohlfahrt wollen als Initiatoren in den nächsten Wochen 20 000 Unterschriften sammeln, um auf die Situation der Pflege im Land aufmerksam zu machen. Ziel ist die Aufnahme des Schutzes Pflegebedürftiger als Staatsziel in die Landesverfassung und eine Novellierung des Pflegegesetzes. Kommen die 20 000 Unterschriften zusammen, muss der Landtag das Thema behandeln.

# Kampagne: „Pflege in schlechter Verfassung?“

**Sozialverband und Arbeiterwohlfahrt starteten Volksinitiative, die die Altenpflege menschenwürdiger machen soll**

Kiel (stü) Eine schleswig-holsteinische Volksinitiative soll die Altenpflege menschenwürdiger machen: Die Landesverbände des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) haben in Kiel die bundesweit einmalige Kampagne „Pflege in schlechter Verfassung?“ gestartet. Ziel: Der Schutz pflegebedürftiger Menschen soll als Staatsziel in der Landesverfassung verankert werden, und das Landespflegegesetz soll novelliert werden. In einer Präambel des Landespflegegesetzes soll festgelegt werden, dass die Pflege auf das Wohl der Pflegebedürftigen ausgerichtet sein

soll und dass ihre soziale Integration, Selbständigkeit und Unabhängigkeit gefördert werden sollen.

Allein in diesem Jahr sind bereits vier Pflegeheime wegen gefährlicher Pflege in die Schlagzeilen geraten. „Die Berichte über diese gravierenden Missstände schaffen kurze Betroffenheit, aber sie verbessern die Situation leider nicht grundlegend“, begründete der AWO-Landesvorsitzende Heinz Welbers die Volksinitiative.

„Wir wissen, dass auch diese Änderungen von Landesverfassung und -gesetz allein noch nicht die Situation verbessern wird. Aber wir wollen den Be-

troffenen Mut machen und in der Öffentlichkeit eine tabulose Diskussion darüber entfachen, was uns die Pflegebedürftigen in Zukunft wert sind“, sagte SoVD-Landesvorsitzender Sven Pickert und wies auf die drastische Zunahme hochbetagter und pflegebedürftiger Menschen in den kommenden Jahren hin. „Die Pflegesituation wird sich dramatisch ver-

schlechtern, wenn wir uns nicht schnell entscheiden, welche Pflege wir wollen.“

Nach den Vorstellungen von SoVD und AWO sollen den Gesetzesänderungen aber auch Taten folgen. Sie schlagen ein 10 Punkte-Handlungsprogramm

vor. Gefordert werden eine Fachkraftquote von 60 Prozent und einen Ethik-Eid für Pflegefachkräfte. Pflegeteams sollten sich aus unterschiedlichen Berufsgruppen zusammensetzen, ein unabhängiger Ombudsmann, eine besser ausgestattete Heimaufsicht und Vertreter von Pflegebedürftigen sollen die Rechte der Betroffenen besser vertreten. Ein Lehrstuhl für Geriatrie in Schleswig-Holstein wird ebenso gefordert wie die bessere Ausbildung von Ärzten. Alte Menschen sollen zudem an der Planung von Altenhilleinrichtungen beteiligt werden. Es sollen keine Pflegeheime herkömmlicher Bauart mehr gebaut werden: Wer stationäre Pflege braucht, soll sie in einer Wohnpflege oder Hausgemeinschaften bekommen. Mehrbettzimmer sollen tabu sein. Gefordert wird auch die Reform der Pflegeversicherung durch einen Systemwechsel oder durch eine steuerfinanzierte Ergänzung.

Ab sofort werden die notwendigen 20000 Unterschriften für die Volksinitiative gesammelt – bei Regionalkonferenzen in Pinneberg, Husum, Bad Segeberg und an Infoständen im ganzen Land. Dass die Unterschriften zusammenkommen, gilt als sicher: Die beiden Verbände allein verfü-

gen zusammen über 100000 Mitglieder. Frühestens im September kann sich dann der Landtag mit dem Thema beschäftigen.

Ob die notwendige Mehrheit für Verfassungs- und Gesetzesänderung aber zustande kommt, ist fraglich. Sowohl Sozialministerin Heide Moser als auch die Vertreter der Landtagsparteien äußerten bereits Bedenken: Die menschenwürdige Pflege als Staatsziel könne Erwartungen wecken, die nicht zu erfüllen seien. Sollte der Landtag die Änderungen ablehnen, wollen SoVD und AWO einen Volksentscheid herbeiführen.

Sozialverband und AWO starten Initiative:

# Menschliche Pflege soll in die Verfassung

KIEL - Mit einer Volksinitiative wollen der Sozialverband Deutschland (SoVD) und die Arbeiterwohlfahrt (AWO) die Situation pflegebedürftiger Menschen in Schleswig-Holstein verbessern. Beide Organisationen haben in Kiel die Volksinitiative „für eine menschenwürdige Pflege“ gestartet.

Die Initiatoren wollen den Schutz Pflegebedürftiger als Staatsziel in die Landesverfassung aufnehmen lassen. Wenn die Verbände 20 000 Unterschriften für ihre nach eigenen Angaben bundesweit einzigartige Aktion sammeln können, muss sich der Landtag mit dem Thema beschäftigen.

Ein Staatsziel ist nicht einklagbar, soll aber das gesamte Handeln von Politik und Verwaltung in diese Richtung orientieren. Ähnlich soll nach dem Willen der Initiatoren das Pflegegesetz geändert werden, dem eine appellierende Einleitung vorangestellt werden soll.

Mit einem Zehn-Punkte-Programm soll vor allem die Rechtsposition Pflegebedürftiger verbessert werden. Die Ini-

tiatoren hoffen, schon in sechs Wochen die nötigen 20 000 Unterschriften zu sammeln. Lehnt der Landtag den vorgeschlagenen Gesetzentwurf ab, wollen die Verbände „mit Sicherheit“ einen Volksentscheid erwirken.

Nach Worten des AWO-Landeschefs Heinz Welbers soll mit der Initiative auf die Situation der Pflege aufmerksam gemacht werden. Immer wieder würden Heime wegen skandalöser Zustände geschlossen, die meisten Pflegebedürftigen würden Sozialhilfe beziehen. „Dennoch ändert sich nichts. Wir wollen eine tabulose Diskussion und Ergebnisse“, sagte Welbers.

„Bei dem Thema menschenwürdige Betreuung ist die ganze Gesellschaft gefragt.“

Angelika Birk (Grüne)

SoVD-Chef Sven Pickler erhofft sich von der Aktion eine bundesweite Signalwirkung. In Deutschland leben 660 000 Menschen in Pflegeheimen, die Zustände sind doch in allen Ländern dieselben. Wir rechnen bundesweit mit einer sehr großen Resonanz“, sagte der Chef des Sozialverbandes.

Auch die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Angelika Birk, hofft auf ein starkes Echo: „Menschen, die Pflege brauchen, und Menschen, die pflegen, benötigen die Unterstützung der ganzen Gesellschaft.“ Eine Volksinitiative sei ein guter Weg, nicht nur Staatsorgane und Pflegekassen auf menschenwürdige Pflege zu verpflichten, sondern auch um das Thema in die Gesellschaft zu tragen.

Zur konkreten Verbesserung der Situation pflegebedürftiger Menschen stimmt sie den Forderungen von Sozialverband und AWO zu. Mehr Selbstbestimmung für die Pflegebedürftigen, neue Wohnformen, eine bessere Aus- und Fortbildung der Pflegenden und eine überschaubare Finanzierung seien nach Birk die wesentlichen Punkte.

Wolfgang Baasch, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, spricht von „erheblichem Handlungsbedarf“, da „in vielen Einrichtungen eine fachgerechte Betreuung nicht vollständig gesichert sei“. Alle Beteiligten, insbesondere die Kommunen als Träger der Heimaufsicht, aber auch die Einrichtungen selber müssten „unverzögerlich tätig werden“. Er fordert unter anderem verstärkt unangemeldete Kontrollen, eine bessere Qualifizierung von Führungskräften sowie ein geregelter Beschwerderecht für alle Betroffenen und ihre Angehörigen.

In den vergangenen Jahren waren die Schleswig-Holsteiner mehrfach zur Unterstützung von Volksinitiativen aufgerufen. Dabei ging es um die Schankerlaubnissteuer und um die Finanzierung von Schulen, zuletzt um das Sonntagsöffnungsverbot von Videotheken. Am bekanntesten wurden die Initiativen der Kirchen gegen die Abschaffung des Buß- und Bettages und eine Aktion gegen die neue Rechtschreibung. dpa/to

# Volksinitiative für eine bessere Pflege

Sozialverband und Arbeiterwohlfahrt starten Aktion

*Mit einer Unterschriftenaktion sowie einer Kampagne zur Änderung der Verfassung Schleswig-Holsteins wollen Sozialverband Deutschland und die Arbeiterwohlfahrt für Verbesserungen im Pflegebereich kämpfen.*

Von Thomas Pöhlsen

Pinneberg/Uetersen. Die Einführung der Pflegeversicherung ist ein wichtiger Schritt nach vorn gewesen, doch in diesem Bereich liegt noch einiges im Argen. So mußten allein in Schleswig-Holstein in der jüngeren Vergangenheit sieben Heime geschlossen werden, weil dort erhebliche Mängel in der Pflege der Bewohner festgestellt wurden. Mit einer „Volksinitiative für eine menschenwürdige Pflege“ wollen der Sozialverband Deutschland (SoVD, ehemals Reichsbund) und die Arbeiterwohlfahrt (AWO) aus Schleswig-Holstein für strukturelle Verbesserungen streiten.

Während eines Pressegesprächs wurde die Kampagne vorgestellt. „Keiner pflegt ab-

sichtlich schlecht“, erläuterte Hans-Jürgen Damm, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt im Kreis Pinneberg. Es seien die Rahmenbedingungen, die nicht stimmten, und so zu mangelhaften Zuständen führten.

Ein Beispiel für die schlechten Rahmenbedingungen nannte Uwe Mettjes, Vorsitzender des Kreisverband Pinneberg der AWO: „Seit 1995 wurden die Leistungen der Pflegeversicherung nicht angehoben.“

Lohnerhöhungen sowie die Kostensteigerungen in den vergangenen Jahren seien nicht aufgefangen worden. „Es ist klar, dass dies auf Kosten der Pflege ging“, so Mettjes. Ergebnis sei eine „Musch-Musch-Pflege“. Und wie schaut es in den Pflegeeinrichtungen im Landkreis Pinneberg aus? Da gaben sich die Teilnehmer des Pressegesprächs einsilbig. „Keine so gravierenden Mängel“ wie in anderen Landesteilen seien hier festgestellt worden, so Hans-Jürgen Damm.

Nach seiner Einschätzung liege dies auch daran, dass es im Kreis viele Pflegeheime gebe, die von karitativen Organisationen oder den Kommunen getragen würden, und nicht ge-

winnbringend arbeiteten. Oder das Pflegetelefon seien einige Missstände aufgedeckt worden, erläuterte Heike Lorenzen, zweite Vorsitzende des Sozialverbandes Kreisverband Pinneberg. Dort konnten Menschen anrufen, die Hilfe im Umgang mit pflegebedürftigen Personen benötigten.

Eine ganze Reihe von Ideen haben Sozialverband und Arbeiterwohlfahrt zusammengetragen, wie die Pflege verbessert werden müsste. Gebündelt wurden die Vorschläge in einem Papier unter dem Titel „Pflege ist ‚richtliche‘ Verfassung?“. Als Konsequenz setzen sie sich für eine Änderung der schleswig-holsteinischen Verfassung ein.

„Die Rechte Pflegebedürftiger sollten geschützt werden“, sagte Wilhelm Witt, Vorsitzender des Kreis-Pinneberger Sozialverbandes. Dies sei nicht nur ein weiteres Stück Papier, so dass sich keiner halten müsse, so Uwe Mettjes. Es könnte erhebliche Bedeutung haben.

Wie Sozialverband und Arbeiterwohlfahrt Druck auf das Kieler Parlament ausüben wollen, dafür der zusätzliche Artikel in die Landesverfassung aufgenommen wird, lesen Sie im untenstehenden Kasten.

## Große Unterschriftenaktion gestartet

Demnächst machen die Aktivisten von Sozialverband Deutschland (SoVD) und Arbeiterwohlfahrt (AWO) auf Wochenmärkten, Stadtfesten sowie Mitgliederversammlungen mobil. Denn um ihren Forderungen nach Verbesserungen der Pflege hilfebedürftiger Menschen Nachdruck zu verleihen, wird eine Unterschriftenaktion gestartet.

des Landes Schleswig-Holstein durch eine Staatszielbestimmung zum Schutz pflegebedürftiger Menschen zu ergänzen“, erläuterte Wilhelm Witt, Vorsitzender des SoVD Kreis Pinneberg. Kommen 20.000 Unterschriften zusammen, dann muss sich das Kieler Parlament mit der Kampagne der karitativen Organisationen befassen.

Gelingt es, deutlich mehr

die Politiker nur größer werden, die Verfassung zu ändern. Mit einer Reihe von Veranstaltungen wollen Arbeiterwohlfahrt und Sozialverband öffentlich für ihr Anliegen werben.

Der Startschuss zu diesen Aktionen fällt übrigens in Uetersen. Am Freitag, 13. Juli, ab 18 Uhr informieren die Verbände in der Kleinen Stadthalle über die Probleme mit

der Pflegeversicherung und über ihre Lösungsansätze.

*Bürgerinformation zur menschenwürdigen Pflege*

## 10-Punkte-Programm steht bereits

RENDSBURG (am)

Die schleswig-holsteinischen Landesverbände des Sozialverbandes Deutschland – ehemals Reichsbund – und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) starten ihre gemeinsame „Volksinitiative für eine menschenwürdige Pflege“ mit ei-

ner öffentlichen Bürgerinformation am Freitag, 8. Juni, um 16 Uhr im Kulturzentrum „Hohes Arsenal“ in Rendsburg.

In einem 10-Punkte-Handlungsprogramm unterbreiten die beiden Verbände konkrete Forderungen und Vorschläge zur Verbesserung der

Situation pflegebedürftiger Menschen. Hierzu gehören unter anderem die Stärkung der Rechtsposition, Qualitätssicherungsmaßnahmen, die Ermöglichung einer privaten Lebensführung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der ambulant und stationär Pflegenden.

Moin, Moin  
6. Juni 2001

### KURZ & KNAPP

#### Landesverband lädt ein

Rendsburg (am) – Im Rahmen ihrer „Volksinitiative für eine menschenwürdige Pflege“ laden die Schleswig-Holsteinischen Landesverbände der Arbeiterwohlfahrt und des Sozialverbandes Deutschland herzlich ein zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung am Freitag, dem 8. Juni, von 16 bis 18.30 Uhr im „Hohen Arsenal“ – Kulturzentrum –, Arsenalstr. 2-10.

Schleswig-Holsteinische  
Landeszeitung  
6. Juni 2001

#### Initiative für menschenwürdige Pflege

Ihre Volksinitiative für eine menschenwürdige Pflege stellen die Landesverbände der Arbeiterwohlfahrt und des Sozialverbandes am Freitag, dem 8. Juni (16 bis 18.30 Uhr) im Hohen Arsenal vor. Auf dem Programm steht auch ein Auftritt des Kronshagener Frauenkabarets und eine Lesung des Kieler Schauspielers Sigfried Kristen.

# Aktion gegen Missstände

FLENSBURG/KIEL

(s h : z)

Nach fünf Jahren Pflegeversicherung ziehen die Wohlfahrtsverbände eine bittere Bilanz: Die Situation der Pflegebedürftigen in Heimen ist alles andere als rosig, Berichte über Missstände häufen sich, alte Menschen werden buchstäblich zu Tode gepflegt. Genug Geld, um hilfsbedürftigen Menschen auch in Heimen ein würdiges Leben zu ermöglichen, ist nach Meinung der Fachleute vorhanden.

In Schleswig-Holstein wurden wegen festgestellter Defizite bislang acht Heime vorübergehend oder ganz geschlossen. Die Pflegekassen befürchten, bislang nur die Spitze des Eisbergs entdeckt zu haben. Vor dem Hintergrund der Skandale rührt sich auch die Basis: Arbeiterwohlfahrt (AWO) und der Sozialverband Deutschland (SoVD) machen gemeinsam mobil, um in der Bevölkerung 20.000 Unterschriften zu sammeln, da-

mit sich der Landtag mit der Problematik befassen muss. Das Pflegegesetz soll reformiert werden. Nach Angaben des SoVD unterstützen bereits 10.000 Menschen die Volks-Initiative. Die beiden Verbände fordern die Umsetzung eines Zehn-Punkte-Programms für eine menschenwürdige Pflege, die auch pflegende Angehörige mit einbezieht. Die finanzielle Basis soll durch steuerfinanzierte Elemente ergänzt, Land und Kommunen stärker in die Pflicht genommen werden.

Das Land hat im vergangenen Jahr eine Pflegequalitäts-offensive ins Leben gerufen und zahlt — über vier Jahre verteilt — 17,5 Millionen Mark. Das Geld wird zum großen Teil in die Ausbildung des Personals sowie in Fort- und Weiterbildung investiert.

Das Thema Pflegeversicherung und ihre Folgen steht auch im Mittelpunkt einer Telefonaktion, bei der Fachleute von AWO und SoVD morgen Fragen beantworten.

## TELEFONAKTION

### Notstand: Pflegeversicherung



R. Rehm



S. Picker



A. Buhl



T. Rosenkranz

Die Pflegeversicherung und ihre Folgen stehen im Mittelpunkt unserer morgigen (Donnerstag) Telefonaktion zwischen 15 und 16.30 Uhr. Von Arbeiterwohlfahrt und Sozialverband Deutschland beantworten Fachleute alle Fragen, die im Zusammenhang von Pflege, Missständen in Heimen und der Volks-Initiative stehen: Reinhard Rehm (AOK Pflegeversicherung): 01801-201801; Sven Picker (SH-Landesvorsitzender des Sozialverbands Deutschland): 01801-201802; Anke Buhl (AWO, Fachreferentin Altenhilfe, Projektkoordinatorin Pflege-Nottelefon): 01801-201803; Torsten Rosenkranz (SH-Sozialreferent des Sozialverbands Deutschlands): 01801-201804. Außerdem noch Stefan Köpin, AOK-Leistungsabteilung, erreichbar über die anderen Anschlüsse.



„Die Würde des Menschen ist unantastbar“



thematis Rechtsbund, page 1977

**Volksinitiative für eine menschenwürdige Pflege**

## **Pressespiegel** (Stand: 3. August 2001)

V.i.S.d.P. : Volker Andresen  
Arbeiterwohlfahrt Landesverband Schleswig-Holstein e.V.  
Feldstraße 5, 24105 Kiel,  
Tel.: (0431) 5114-0, FAX: (0431) 5114108,  
E-Mail: [gf@awo-sh.de](mailto:gf@awo-sh.de)  
Pressesprecher: Werner Geest

# Pflege: Kampagne für Menschenwürde

Sozialverband und Arbeiterwohlfahrt starteten Volksinitiative

Kiel (stü) Eine schleswig-holsteinische Volksinitiative soll die Altenpflege menschenwürdiger machen: Die Landesverbände des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) haben in Kiel die bundesweit einmalige Kampagne „Pflege in schlechter Verfassung?“ gestartet. Ziel: Der Schutz pflegebedürftiger Menschen soll als Staatsziel in der Landesverfassung verankert werden, und das Landespflegegesetz soll novelliert werden. In einer Präambel des Landespflegegesetzes soll festgelegt werden, dass die Pflege auf das Wohl der Pflegebedürftigen ausgerichtet sein soll und dass ihre soziale Integration, Selbständigkeit und Unabhängigkeit gefördert werden sollen.

Allein in diesem Jahr sind bereits vier Pflegeheime wegen gefährlicher Pflege in die Schlagzeilen geraten. „Die Berichte über diese gravierenden Missstände schaffen kurze Betroffenheit, aber sie verbessern die Situation leider nicht grundlegend“, begründete der AWO-Landesvorsitzende Heinz Welbers die Volksinitiative. „Wir wissen, dass auch diese Änderungen von Landesverfassung und -gesetz allein noch nicht die Situation verbessern wird. Aber wir wollen den Betroffenen Mut machen und in der Öffentlichkeit eine tabulose Diskussion darüber entfachen, was uns die Pflegebedürftigen in Zukunft wert sind“, sagte SoVD-Landesvorsitzender Sven Pickler und wies auf die drastische Zunahme hochbetagter und pflegebedürftiger Menschen in den kommenden Jahren hin. „Die Pflegesituation wird sich dramatisch verschlechtern, wenn wir uns nicht schnell entscheiden, welche Pflege wir wollen.“

Nach den Vorstellungen von

SoVD und AWO sollen den Gesetzesänderungen aber auch Taten folgen. Sie schlagen ein 10 Punkte-Handlungsprogramm vor. Gefordert werden eine Fachkraftquote von 60 Prozent und einen Ethik-Eid für Pflegefachkräfte. Pflegeteams sollten sich aus unterschiedlichen Berufsgruppen zusammensetzen, ein unabhängiger Ombudsman, eine besser ausgestattete Heimaufsicht und Vertreter von Pflegebedürftigen sollen die Rechte der Betroffenen besser vertreten. Ein Lehrstuhl für Geriatrie in Schleswig-Holstein wird ebenso gefordert wie die bessere Ausbildung von Ärzten. Alte Menschen sollen zudem an der Planung von Altenhilfeeinrichtungen beteiligt werden. Es sollen keine Pflegeheime herkömmlicher Bauart mehr gebaut werden. Wer stationäre Pflege braucht, soll sie einer Wohnpflege oder Hausgemeinschaften bekommen. Mehrbettzimmer sollen tabu sein. Gefordert wird auch die Reform der Pflegeversicherung durch einen System-

wechsel oder durch eine steuerfinanzierte Ergänzung.

Ab sofort werden die notwendigen 20000 Unterschriften für die Volksinitiative gesammelt. Bei Regionalkonferenzen in Pinneberg, Husum, Bad Segeberg und an Infoständen im ganzen Land. Dass die Unterschriften zusammenkommen, gilt als sicher. Die beiden Verbände allein verfügen zusammen über 100000 Mitglieder. Frühestens im September kann sich dann der Landtag mit dem Thema beschäftigen.

Ob die notwendige Mehrheit für Verfassungs- und Gesetzesänderung aber zustande kommen, ist fraglich. Sowohl Sozialministerin Heide Moser als auch die Vertreter der Landtagsparteien äußerten bereits Bedenken. Die menschenwürdige Pflege als Staatsziel könne Erwartungen wecken, die nicht zu erfüllen seien. Sollte der Landtag die Änderungen ablehnen, wollen SoVD und AWO einen Volksentscheid herbeiführen. Kommentar Seite 2

## Volksinitiative soll Lage Pflegebedürftiger verbessern

Kiel (KN) Mit einer Volksinitiative wollen der Sozialverband Deutschland und die Arbeiterwohlfahrt die Situation pflegebedürftiger Menschen in Schleswig-Holstein verbessern. Die beiden Organisationen fordern nicht nur eine menschenwürdige Pflege, sondern sie wollen auch erreichen, dass der Schutz Pflegebedürftiger als Staatsziel in die schleswig-holsteinische Landesverfassung aufgenommen wird.

Seite 6, Kommentar Seite 2

### KOMMENTARE

Die Volksinitiative zur Pflege – Von Heike Stüben

#### Ein richtiger Schritt

Sechs Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung ist klar: Die Versicherung hat neue Missstände geschaffen und viele alte Probleme offenbart – beseitigt hat sie sie nicht. Das Ziel der Teilkaskoversicherung, im Pflegefall den Betroffenen die Abhängigkeit von der Sozialhilfe zu ersparen, wurde ebenfalls nicht erreicht. Noch immer macht der Umzug ins Pflegeheim zwei von drei Betroffenen zum Bittsteller beim Sozialamt. Nimmt man dann noch die Prognosen der Bevölkerungswissenschaft ernst, müsste eigentlich jedem klar sein, dass Inhalt und Finanzierung von Pflege das sozialpolitische Thema der kommenden Jahre wird.

So gesehen ist die schleswig-holsteinische Volksinitiative ein richtiger Schritt. Denn bereits das jahrelange Verschleppen des geplanten Qualitätssicherungsgesetzes und des Heimbewohnerschutzgesetzes haben gezeigt, dass sich ohne öffentlichen Druck

kaum etwas bewegt.

Die Parteien in Schleswig-Holstein haben die Volksinitiative zwar begrüßt (wer kann das als Politiker auch ablehnen?), räumen aber der Verfassungsänderung geringe Chancen ein. Bezeichnenderweise haben sie sich viel weniger konkret zu der ebenfalls geforderten Novellierung des Landespflegegesetzes geäußert. Wohlweisend, dass ein Gesetzestext konkrete Handlungsanweisungen bedeutet. Würden das Wohl der Pflegebedürftigen, ihre soziale Integration und die Erhaltung ihrer Selbständigkeit qua Gesetz verordnet, hätte dies direkte Auswirkungen auf die Betroffenen. Und finanzielle Folgen für Land, Kommunen und Pflegekassen.

Freiwillig wird dort in der jetzigen Situation niemand Zusagen machen. Die Bürger könnten sie aber spätestens mit einem Volksentscheid dazu zwingen. Eine Chance für die Pflegebedürftigen von morgen. Nutzen wir sie.

Die  
Nordfriesland  
Palette  
27. Juli 2001

## Das Programm

Freitag, 29. Juni

Mildau-Sporthalle der Haupt- und Grundschule,  
Kirchenweg, Mildstedt

14.30 Uhr Kaffee und Kuchen

15.00 Uhr Niederdeutsche Bühne Husum,  
Sketche mit G. Ludwig und  
K. Braack

15.30 Uhr Husumer Shanty-Chor

17.00 Uhr **Pflege in schlechter  
Verfassung?**

Veranstaltung mit Sven Picker,  
Landesvorsitzender des  
Sozialverbandes  
Deutschland,  
Volker Andresen,  
Landesgeschäftsführer  
der AWO

„Gegen das Schweigen“  
Frauenkabarett  
Kronshagen/Kiel  
Informationen über Ziele  
der Volksinitiative  
Diskussion mit Gästen

Kosten für das Vorgrogramm 5 Mark für Mitglie-  
der/Partner, 10 Mark für Gäste

Anmeldung unter Tel. 0 48 41 / 47 80



SoVD  
Sozialverband  
Deutschland

anerkanntes Rechtsinstitut gemäß § 1917

DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR  
PFLEGE IN SCHLECHTER VERFASSUNG?

## EINLADUNG ZUM THEMA

AM FREITAG, DEN 29. JUNI 2001  
IN DIE SPORTHALLE DER  
HAUPT- UND GRUNDSCHULE MILDSTEDT,  
KIRCHENWEG 6B

Volksinitiative für eine menschenwürdige Pflege



Sozialverband Deutschland und Arbeiterwohlfahrt starten gemeinsame Kampagne

# SoVD und AWO: Initiative für mehr Menschenwürde

Mit einer gemeinsamen Volksinitiative wollen der Sozialverband Deutschland (SoVD) und die Arbeiterwohlfahrt (AWO) die Lage der Pflegebedürftigen in den Altenheimen in Schleswig-Holstein verbessern.

Ziel der bundesweit einmaligen Kampagne ist es, den Schutz pflegebedürftiger Menschen als Staatsziel in der Landesverfassung zu verankern. Darüber hinaus fordern die beiden Verbände eine Änderung des Landespflegegesetzes. Danach soll „die Pflege auf das Wohl der Pflegebedürftigen ausgerichtet sein und ihre soziale Integration, Selbständigkeit und Unabhängigkeit gefördert werden“.

### 20.000 Unterschriften werden gebraucht

Derzeit werden von den beiden Verbänden die 20.000 Unterschriften gesammelt, die für eine Volksinitiative notwendig sind. Gleichzeitig sind verschiedene Regionalkonferenzen geplant. Eine von ihnen findet statt am kommenden Freitag, 29. Juni, in der Mildau-Sporthalle der Haupt- und Grundschule in Mildstedt. Das Vorprogramm beginnt um 14.30 Uhr, und ab 17 Uhr geht es um die Frage „Pflege in schlechter Verfassung?“. Sven Picker, Landesvorsitzender des Sozialverbandes Deutschland, und Volker Andresen, Geschäftsführer des Landesverbandes der Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein, werden die Volksinitiative vorstellen und anschließend gemeinsam mit geladenen Gästen über die Probleme in der Pflege diskutieren. Moderiert wird die Veranstaltung von dem Fernsehjournalisten Mi-

Der Maßnahmenkatalog von SoVD und AWO umfaßt insgesamt zehn Punkte. Gefordert werden eine Fachkraftquote von 60 Prozent und ein Ethik-Eid für Pflegefachkräfte. Pflegeteams sollten sich aus unterschiedlichen Berufsgruppen zusammensetzen, ein unabhängiger Ombudsmann, eine besser ausgestattete Heimaufsicht und Vertreter von Pflegebedürftigen sollen die Rechte der Betroffenen besser vertreten. Ebenso wie eine bessere Ausbildung für Ärz-

te wird auch ein Lehrstuhl für Geriatrie gefordert. Alte Menschen sollten außerdem an der Planung von Altenhilfeeinrichtungen beteiligt werden. Und schließlich sollten in einem Alten- und Pflegeheim Mehrbettzimmer tabu sein sowie die Pflegeversicherung reformiert werden.

Die Veranstaltung kostet für Mitglieder 5 Mark, Gäste zahlen 10 Mark. Anmeldungen unter werden erbeten unter der Rufnummer 0 48 41 / 47 80. ab

Für eine menschenwürdige Pflege

# Startschuss für die Volksinitiative der AWO und des SoVD

**In Kiel im Legienhof ist eine bundesweit einmalige Kampagne „Pflege in schlechter Verfassung“ gestartet worden. Die Zusammenarbeit des Landesverbandes Schleswig-Holstein des Sozialverband Deutschland (SoVD) und des Landesverbandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) ist bundesweit einmalig. Die Kampagne „Pflege in schlechter Verfassung“ will den Schutz pflegebedürftiger Menschen als Staatsziel in der Landesverfassung verankern und weiterhin soll das Landespflegegesetz geändert werden.**

In einer Präambel des Landespflegegesetzes soll festgelegt werden, dass Pflege auf das Wohl der Pflegebedürftigen ausgerichtet sein soll und dass ihre soziale Integration, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gefördert werden sollen. In ihren Begrüßungsreden begründeten Landesvorsitzender Sven Picker sowie der Landesvorsitzende der AWO, Heinz Welbers, die Vorgehensweise im Rahmen der Kampagne.

„Die Berichte über gravierende Missstände in Alten- und Pflege-

heimen schaffen allenfalls kurze Betroffenheit bei den Menschen, aber sie verbessern die Situation leider nicht grundlegend“, begründete Heinz Welbers die Volksinitiative.

„Wir wissen, dass auch die Änderungen von Landesverfassung und Landespflegegesetz allein noch nicht die Situation verbessern wird. Wir wollen den Betroffenen Mut machen und möchten, dass sich im Bewusstsein der Menschen etwas ändert. Wir müssen uns die Frage stellen, was uns die pflegebedürftigen Mitbürger in Zukunft wert sind“, begründete

Sven Picker. Weiterhin gab er den anwesenden Politikern zu bedenken: „So lange Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug in diesem Land an der Tagesordnung sind, so lang kann das Argument, dass Pflege teuer sei, keinen Bestand haben!“

Im Rahmen dieser ganzheitlichen Ansätze der Landesvorsitzenden beider Verbände wird schnell klar, dass sie es nicht bei den Gesetzesänderungen belassen wollen. Vielmehr wurde auch ein Zehn-Punkte-Harlungungsprogramm vorgestellt. Darin wird eine Fachkraftquote von 10 Prozent gefordert. Weiterhin soll das Pflegerisiko bedarfsgerecht und solidarisch gesichert werden. Die Rechte der zu pflegenden Menschen müssen geschützt werden und es muss eine ständige Beratung gewährleistet werden. Alten- und Pflegeheime sollen zu Orten der Teilhabe und Mitwirkung, Orten der Integration und Begegnung und Kommunikation werden. Dies geht jedoch nur, wenn die Qualität der Pflege entscheidend verbessert wird.

Dennoch muss die geplante Volksinitiative das Kernstück der Kampagne sein. Hierzu bedarf Ihrer Unterstützung! In weiteren Großveranstaltungen im Lande und in unseren Kreis- und Ortsverbänden werden wir bis Mitte September Unterschriften sammeln, um unser sozialpolitisches Anliegen gegenüber der Politik zu bekräftigen. U



Das Frauen-Cabaret „Kronshagen“ präsentierte das Stück „Gegen das Schweigen“.



**Die schleswig-holsteinische Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Heide Moser (SPD), unterstützt die Volksinitiative.**

ser Ziel lautet 100 000 Unterschriften für eine menschenwürdige Pflege in Schleswig-Holstein.

Damit unsere Mitglieder ihre Unterschrift exklusiv abgeben und auch Freunden und Bekannten von der Pflegekampagne berichten können,

ist in dieser Ausgabe ein Unterschriftenbogen (auf Seite 7) abgedruckt.

Weitere Informationen können Sie beim Sozialverband Deutschland, Muhliusstr. 87, 24103 Kiel, anfordern.



**Die bundesweit einmalige Kampagne „Pflege in schlechter Verfassung“ wurde in Kiel gestartet.**

# Menschenwürdige Pflege muss Staatsziel werden

Eine „Volksinitiative für eine menschenwürdige Pflege“ haben die Landesverbände der Arbeiterwohlfahrt und des Sozialverbandes initiiert. In Mildstedt wurde bei einer Veranstaltung der beiden Vereine informiert, dass zurzeit 20 000 Unterschriften gesammelt werden, um die Situation pflegebedürftiger Menschen mit einem Zehn-Punkte-Programm verbessern zu können.

MILDBSTEDT

(elk)

„Ist die Pflege in schlechter Verfassung?“ Diese Frage brennt vielen Menschen auf den Nägeln wurde in der Mildstedter Sporthalle deutlich, wo fast 400 Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt und des Sozialverbandes Deutschland zu einer Informationsveranstaltung über die „Volksinitiative für eine menschenwürdige Pflege“ gekommen waren. Mit dabei die Kreisvorsitzenden Kurt Windolf (Awo) und Thomas Hansen (SoVD).

Die Initiative war von den Landesverbänden der beiden Vereine im Mai gestartet worden. Ziele sind, die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren, die Landesverfassung durch ein Staatsziel zum Schutz der Rechte und Interessen pflegebedürftiger Menschen zu ergänzen und das Landespflegegesetz zu novellieren. Gleichzeitig haben die Verbände ein Zehn-



Sven Picker, Günter Ploß und Volker Andresen haben ein gemeinsames Ziel: „Pflege in guter Verfassung!“ Foto: elk

Punkte-Programm zur Verbesserung der Situation pflegebedürftiger Menschen unterbreitet. 20 000 Unterschriften sollen gesammelt werden; angesichts von 100 000 Mitgliedern im Land wird dies nach Meinung der Organisatoren auch zu schaffen sein.

An der Vorbereitung der fünfständigen Veranstaltung waren insbesondere Wolf Uh-

lemann (Awo) und Hans Böttcher (SoVD) engagiert. Im Beiprogramm wirkten die Niederdeutsche Bühne Husum und der Husumer Shanty-Chor mit. „Gegen das Schweigen“ — der Auftritt des Frauenkabarets aus Kronshagen stimmte auf das Thema ein. Die „Anregungen“ für Pflege nach dem Motto „Satt, sauber, trocken“ machten betroffen.

„Wir haben den Traum, dass alle Pflegebedürftigen ein selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft führen können“, sagte Awo-Landesgeschäftsführer Volker Andresen und machte deutlich: „Pflege geht uns alle an.“ Jeder könne pflegebedürftig werden, deshalb müsse Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden, die durch die demografische Entwicklung vor immer größeren Herausforderungen stehe. Es geht nicht um Schuldzuweisungen, sondern um Verbesserungen, betonte Andresen.

„Menschen helfen Menschen“, beschrieb der Landesvorsitzende des SoVD, Sven Picker, das Ziel der Initiative. Dazu gehört für ihn menschi-

che Wärme in Einrichtungen und menschliche Arbeitsbedingungen für alle in der Pflege Tätigen. Wenn die Pflege im „Minutentakt“ aufhören soll, kostet dies zwar Geld, aber das ist vorhanden, sagte Picker. Einzig mehr Qualität in der Pflege werde aus der jetzigen Situation herauszuführen. Weiter forderte er eine Stärkung der Heimaufsicht und des medizinischen Dienstes der Krankenkassen.

Derzeit wird viel Geld in die Entwicklung der Zukunft investiert, so dass es in Bereichen fehlt, wo es heute notwendig wäre, bedauerte Günter Ploß von der Landesvertretung der Angestellten- und Arbeiterkrankenkassen. Die einfache Pflegeversicherung sei vor sechs Jahren ein richtiger Schritt gewesen. Es sei aber deutlich, dass Probleme gelöst werden müssten. Gemeinsam mit den anderen Rednern bedauerte er, dass die Initiative für ein bundesweites Ausbildungsgesetz zur Altenpflege gerade durch Bayern vom Verfassungsgericht gekippt worden sei. Ploß kritisierte, dass die Kommunen Haushaltsanierung auf dem Rücken der Pflegeversicherung betreiben, denn die Einsparungen von landesweit 300 Millionen Mark jährlich würden nur zu zehn Prozent für Investitionen in diesem Bereich verwandt.

In der Diskussion, die der Journalist Michael Legband moderierte, wurden Fragen, Sorgen und Ängste der Gäste aufgegriffen. Fazit der Veranstaltung: Es muss noch viel getan werden, bis es heißt: „Pflege in guter Verfassung!“

● Die Unterschriften-Listen liegen in den Kreisgeschäftsstellen der Arbeiterwohlfahrt in Husum, Bredstedter Straße 29, und des Sozialverbandes, Markt 7, aus.

Husumer Nachrichten  
Nordfriesland Tageblatt  
2. Juli 2001

Ortsverband Schönberg

## Vorbildliches Engagement im Rahmen der Pflegekampagne

Der 1. Vorsitzende des Ortsverbandes Schönberg, Johannes Kawaters, sowie die 2. Vorsitzende, Edith Burmeister, haben sich spontan entschlossen, eine Sonderaktion im Rahmen der Pflegekampagne durchzuführen.

Diese Aktion stieß auch bei unserem Partnerverband, der Arbeiterwohlfahrt, und dem 1. Ortsvorsitzenden Schönbergs auf ein ungeteiltes Interesse. So baute man kurzerhand auf dem Schönberger Marktplatz einen Stand auf und nutzte das Marktgeschehen am Montagmorgen, um über 200 Unterschriften innerhalb kürzester Zeit für die Volksinitiative zu sammeln.

Johannes Kawaters, Edith Burmeister, Werner Husen von der Arbeiterwohlfahrt und Hannelore Thomsen, Schriftführerin, sowie Gerhard Jabusch, Beisitzer, standen den interessierten Menschen Rede und Antwort über die Ziele und In-



An diesem Stand des Ortsverbandes Schönberg wurden innerhalb kürzester Zeit mehr als 200 Unterschriften gesammelt.

halte unserer Pflegekampagne und haben somit ein überdurchschnittliches Engagement im Rahmen der Pflegekampagne bewiesen.

Kampagne „Pflege in schlechter Verfassung“

# Tausende solidarisieren sich mit der Pflegekampagne

Der Sozialverband Deutschland / Landesverband Schleswig-Holstein und die Arbeiterwohlfahrt / Landesverband Schleswig-Holstein können mit dem bisherigen Verlauf ihrer groß angelegten Kampagne sehr zufrieden sein. Zum jetzigen Zeitpunkt sind bereits drei Großveranstaltungen durchgeführt worden, die auf ein enormes Echo in der Bevölkerung, den Verbänden und der Presse gestoßen sind.

Insbesondere die große Anzahl der beim Sozialverband Deutschland und der Arbeiterwohlfahrt eingehenden Unterschriftenlisten (ein Exemplar ist abgedruckt) lässt das große Interesse bei den Menschen im Lande deutlich erkennen. Bereits zu

Beginn der Kampagne rief Landesvorsitzender Sven Picker den pflegebedürftigen Menschen im Lande zu: „Sie sind nicht allein, wir stehen an Ihrer Seite!“

„Pflege geht uns alle an! Heute – Morgen und immer, denn sich für

Menschlichkeit einzusetzen – hört nie auf!“, so Edith Hennigs, Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes des SoVD und Landesfrauensprecherin. Diesen eingehenden Äußerungen konnte sich Volker Andresen, Landesgeschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, nur anschließen. Pflege gehe schließlich alle an, nicht nur die Betroffenen und ihre Familien, nicht nur die Politik und nicht nur die Dienstleistungsanbieter, die Pflegekassen und Sozialhilfeträger, so Andresen. Vielmehr sei es nun an der Zeit, eine Volksinitiative zu starten, wie AWO und SoVD es zurzeit tun.

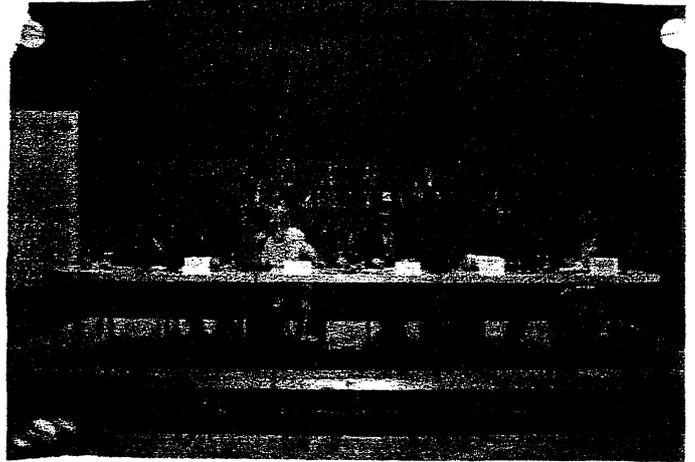
Wie bereits in der letzten Ausgabe unserer Zeitung beschrieben, wollen Arbeiterwohlfahrt und Sozialverband Deutschland eine Änderung der Landesverfassung erreichen, damit der Schutz pflegebedürftiger Menschen in die Bundesverfassung aufgenommen wird. Dies, so Volker Andresen, sei ein ganz wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Durch die Initiative – durch Ihre Unterschrift – bringt das Volk zum Ausdruck, dass das Ziel einer menschenwürdigen Pflege in der Verfassung verankert werden soll.

Die außerordentlich gut besuchte Großveranstaltung im Arsenal in Rendsburg stand ganz im Zeichen der Pflegekassen. Reinhard Rehm von der AOK und Günther Ploß vom Verband der Deutschen Angestellten Krankenkassen mussten sich 90 Minuten den bohrenden Fragen des Publikums stellen und schwierige Fra-

gen beantworten wie zur Qualifikation des Pflegepersonals und zur Verbesserung der Pflegefachlichkeit. Insbesondere die Situation in den Pflegeheimen und die Angst um die eigene Zukunft treibt die Menschen

in unsere Informationsveranstaltungen. Pflege darf nicht mehr nur allein einer rechtlichen Bewertung unterliegen, sondern muss vor allem in den Köpfen der Menschen einen ganz festen Stellenwert bekommen.

**SoVD-Zeitung  
August 2001**



**Foto oben rechts: Rede und Antwort standen (v. li.) Volker Andresen, Landesgeschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein e.V.; Frau Werner-Ingenfeld, Moderatorin NDR; Günther Ploß, Verband der Deutschen Angestellten Krankenkassen, Landesvertretung Schleswig-Holstein; Reinhard Behm, AOK Pflegeversicherung; Edith Hennigs, Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes und Landesfrauensprecherin des SoVD.**

**Foto unten rechts: Zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterstützten die Veranstaltung.**



# Menschenwürdige Pflege ist unser wichtigstes sozialpolitisches Anliegen

Kiel (stü) - Eine schleswig-holsteinische Volksinitiative soll die Altenpflege menschenwürdiger machen: Die schleswig-holsteinischen Landesverbände des Sozialverband Deutschland (SoVD) und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) haben in Kiel die bundesweit einmalige Kampagne „Pflege in schlechter Verfassung“ gestartet. Ziel: Der Schutz pflegebedürftiger Menschen soll als Staatsziel in der Landesverfassung verankert werden, und das Landespflegegesetz soll novelliert werden. In einer Präambel des Landespflegegesetzes soll festgelegt werden, dass die Pflege auf das Wohl der Pflegebedürftigen ausgerichtet sein soll und dass ihre soziale Integration, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gefördert werden sollen.

Allein in diesem Jahr sind bereits vier Pflegeheime wegen gefährlicher Pflege in die Schlagzeilen geraten. „Die Berichte über diese gravierenden Missstände schaffen kurze Betroffenheit, aber sie verbessern die Situation leider nicht grundlegend“, begründete der AWO-Landesvorsitzende Heinz Welbers die Volksinitiative. „Wir wissen, dass auch diese Änderungen von Landesverfassung und Landesgesetz allein noch nicht die Situation verbessern werden. Aber wir wollen den Betroffenen Mut machen und in der Öffentlichkeit eine tabulose Diskussion darüber entfachen, was uns die Pflegebedürftigen in Zukunft wert sind“, sagte SoVD-Landesvorsitzender Sven Picker und wies auf die drastische Zunahme hochbetagter und pflegebedürftiger Menschen in den kommenden Jahren hin. „Die Pflegesituation wird sich dramatisch verschlechtern, wenn wir uns nicht schnell entscheiden, welche Pflege wir wollen.“

Nach den Vorstellungen von SoVD und AWO sollen den Gesetzes-

änderungen aber auch Taten folgen. Sie schlagen ein 10-Punkte-Handlungsprogramm vor. Gefordert werden eine Fachkraftquote von 60 Prozent und ein Ethik-Eid für Pflegefachkräfte. Pflegeteams sollten sich aus unterschiedlichen Berufsgruppen zusammensetzen, ein unabhän-

*Bereits in den ersten Wochen  
haben sich tausende von  
Bürger/-innen mit der  
Volksinitiative  
solidarisiert.*

giger Ombudsmann, eine besser ausgestattete Heimaufsicht und Vertreter von Pflegebedürftigen sollen die Rechte der Betroffenen besser vertreten. Ein Lehrstuhl für Geriatrie in Schleswig-Holstein wird ebenso gefordert wie die bessere Ausbildung von Ärzten. Alte Menschen sollen zudem an der Planung von Altenhilfeeinrichtungen beteiligt werden. Es sollen keine Pflegeheime herkömmlicher Bauart mehr gebaut werden: Wer stationäre Pflege braucht, soll sie in einer Wohnpflege oder in Haus-

gemeinschaften bekommen. Mehrbettzimmer sollen tabu sein. Gefordert wird auch die Reform der Pflegeversicherung durch einen Systemwechsel oder durch eine steuerfinanzierte Ergänzung.

Ab sofort werden die notwendigen 20 000 Unterschriften für die Volksinitiative gesammelt - bei Regionalkonferenzen in Pinneberg, Rendsburg, Husum, Bad Bramstedt und an Infoständen im ganzen Land. Dass die Unterschriften zusammenkommen, gilt als sicher: Die beiden

Verbände allein verfügen zusammen über 100 000 Mitglieder. Frühestens im September kann sich dann der

schleswig-holsteinische Landtag mit dem Thema beschäftigen.

Ob die notwendigen Mehrheiten für Verfassungs- und Gesetzesänderung zustande kommen, ist fraglich. Sowohl Sozialministerin Heide Moser als auch die Vertreter der Landtagsparteien äußerten be-

reits Bedenken: Die menschenwürdige Pflege als Staatsziel könne Erwartungen wecken, die nicht zu erfüllen seien. Sollte der Landtag die Änderungen ablehnen, wollen der Sozialverband Deutschland und die Arbeiterwohlfahrt einen Volksentscheid herbeiführen.



Foto oben links: Unser Foto zeigt die Großveranstaltung im Rahmen der Pflegekampagne in Mildstedt bei Husum.  
Foto oben rechts: Die bundesweit einmalige Kampagne „Pflege in schlechter Verfassung?“ wurde in Kiel gestartet.  
Foto Mitte rechts: Die Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Heide Moser (SPD), unterstützt die Volksinitiative.